

# **Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage**



**Stand: 30.06.2011**

## 1. Ausgangssituation

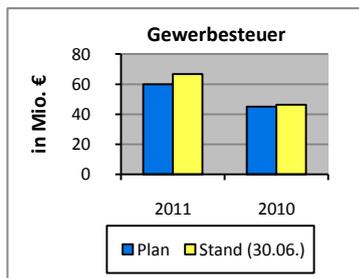
Die vom Gemeinderat am 20.12.2010 beschlossene Haushaltssatzung 2011 wurde am 25.01.2011 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 04.02.2011 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

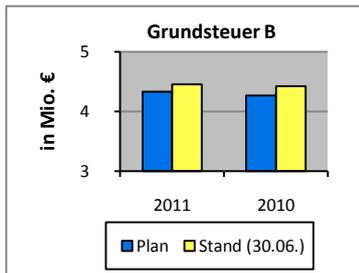
## 2. Wesentliche Planabweichungen

### 2.1 Verwaltungshaushalt

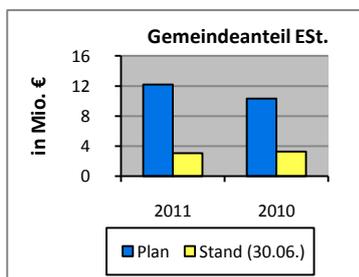
#### 2.1.1 Einnahmen



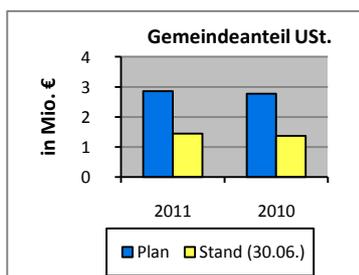
Die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Biberach im Jahr 2011 liegen derzeit um 6,64 Mio. € über dem Planansatz (60,00 Mio. €). Insbesondere Anpassungen von Vorauszahlungen für Vorjahre und für das laufende Jahr tragen im Wesentlichen zum aktuell erfreulichen Stand bei. Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 14,14 Mio. € ergibt sich zum Jahresende vermutlich ein Nettoaufkommen von 52,51 Mio. € (Vorjahr: 47,51 Mio. €).



Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** verlaufen planmäßig. Bei der **Grundsteuer B** kommt es zu Mehreinnahmen durch nachträgliche Veranlagungen bisher unbebauter Grundstücke von derzeit über 120.000 €.



Die übrigen Steuereinnahmen verlaufen derzeit weitgehend planmäßig. Bei der **Vergnügungssteuer** sind derzeit zwei Klagen von Automatenaufstellern anhängig. Somit besteht hier nach wie vor ein Risiko, bereits vereinnahmte Steuern anteilig zurück erstatten zu müssen.



Nach der Mai-Steuerschätzung für das Jahr 2011 hat sich das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** gegenüber der Haushaltsplanung nicht geändert, so dass hier derzeit nicht mit Mehreinnahmen gerechnet werden kann. Die November-Steuerschätzung wird letztendlich zeigen, wie sich der Landesanteil bis zum Jahresende entwickeln wird.

Nach der Mai-Steuerschätzung wird das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** voraussichtlich 510 Mio. € beantragen, was für Biberach Mehreinnahmen von rund 147.000 € nach sich ziehen könnte. Die endgültige Höhe des Aufkommens steht erst im 1. Quartal 2012 fest. Auch hier wird die November-Steuerschätzung zeigen, ob die aktuellen Prognosen zutreffend sind.

Durch die Erhöhung der Pauschalbeträge pro Einwohner (von 32 € auf 37 €) ergeben sich für die Stadt bei den **Schlüsselzuweisungen vom Land** Mehreinnahmen in Höhe von ca. 168.000 €. Beim **Familienleistungsausgleich** geht das Land derzeit von einem Zuweisungsbetrag von 394 Mio. € aus. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurde mit einem Betrag von 375 Mio. € kalkuliert. Für das Jahr 2011 bedeutet das Mehreinnahmen von rund 63.000 €. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen planmäßig.

Bei den **Gebühren und Entgelten** kommt es bei den Verwaltungsgebühren des Ordnungsamtes zu Mehreinnahmen von ca. 57.000 €. Bei den Parkgebühren rechnet das Ordnungsamt mit Mehreinnahmen von rd. 80.000 €. Mögliche Ursache könnte die Sperrung der Tiefgarage Museum sein, die vermutlich zu einem Ausweichverhalten auf oberirdische Parkplätze führt.

Bei den Kindergartengebühren geht das Amt für Bildung, Betreuung und Sport aufgrund gesunkener Kinderzahlen derzeit von Wenigereinnahmen von rund 50.000 € aus.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** kommt es zu ungeplanten Mehreinnahmen von rd. 71.000 € aufgrund der Verpachtung von Grundstücken, die 2010 von der Deutschen Bahn erworben wurden. Bei den Mieteinnahmen geht das Gebäudemanagement derzeit von einem planmäßigen Verlauf aus. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu geringeren Zahlungen vom Landkreis in Höhe von ca. 83.000 €. Diese Wenigereinnahmen sind jedoch haushaltsneutral, da die Zahlungen an die Stadtwerke weitergeleitet werden.

Bei den **Zuschüssen vom Bund** kommt es zu Mehreinnahmen von ca. 50.000 €, da die Mittel aus dem Konjunkturpaket II erst in Haushaltsjahr 2011 abgerufen wurden, aber bereits im Vorjahr geplant waren.

Bei den Einnahmen aus dem **Kindergartenlastenausgleich** und der **Kleinkindförderung** kommt es aufgrund der veränderten Gewichtung der Kinderzahlen insgesamt zu Mehreinnahmen in Höhe von 89.000 €. Aufgrund der nachträglichen Erhöhung der **Sachkostenbeiträge** der Schulen kann beim Schullastenausgleich mit Mehreinnahmen von rd. 130.000 € gerechnet werden.

Zum ersten Mal seit Oktober 2008 hat die Europäische Zentralbank den Leitzins im April dieses Jahres wieder leicht angehoben. Die Finanzexperten gehen bis zum Jahresende von weiteren Zinserhöhungen aus, so dass das Kämmereiamt derzeit nur kurzfristige Geldanlagen abschließt. Dies sichert zum einen die Handlungsfähigkeit bei möglichen Liquiditätsengpässen, zum anderen kann so schnell auf die sich verbessernde Zinsmarktlage reagiert werden. Insgesamt rechnen wir bei den **Zinsen aus Geldanlagen** derzeit mit Mehreinnahmen in Höhe von knapp 100.000 €.

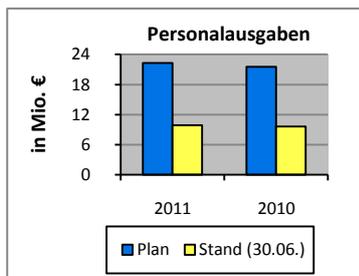
Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde.

Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen derzeit um 110.000 € über dem Planansatz.

Bei den **weiteren Finanzeinnahmen** wurden von den Fachämtern keine Abweichungen gemeldet. Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegen derzeit weitgehend im Plan, ebenso die Erstattungsinsen. Da die Vollverzinsung nicht planbar ist, wird sich zeigen, ob aufgrund von Betriebsprüfungen des Finanzamtes weitere Erstattungsinsen seitens der Stadt zu leisten sind.

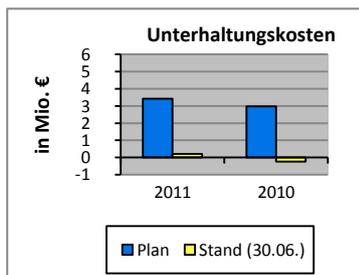
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

## 2.1.2 Ausgaben

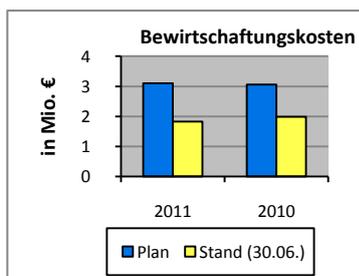


Aufgrund niedrigerer Tarifabschlüsse als noch bei der Haushaltsplanung 2011 unterstellt, geht das Hauptamt bei den **Personalausgaben** derzeit von Wenigerausgaben in Höhe von 300.000 € aus. Dabei sind die zusätzlichen Aufwendungen für die Kindergärten und Schulen (Dr. Nr. 92/2011) bereits berücksichtigt.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das Neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten, die in den Planansätzen der Personalausgaben enthalten sind. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rückstellungen werden der Stadtverwaltung erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband mitgeteilt.



Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude** geplanten Maßnahmen verläuft nach Angaben des Gebäudemanagements weitgehend planmäßig. Der niedrige Bewirtschaftungsstand zur Jahresmitte resultiert aus der Auflösung von Haushaltsausgaberesten des Vorjahres. Die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze verläuft nach Aussagen des Tiefbauamtes ebenfalls im Rahmen der Planung.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 58,92 % (Vorjahr: 64,93 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Gebäudemanagements sind derzeit keine größeren Abweichungen erkennbar.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 24,65 % (Vorjahr: 24,01 %) bewirtschaftet. Es wird derzeit von einem planmäßigen Verlauf ausgegangen.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich bei der **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von ca. 1,41 € ab. Dagegen verläuft die **Kreisumlage** planmäßig.

Aufgrund des dynamischen Umlagesatzes kommt es bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land zu geringeren Ausgaben von rund 264.000 €.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 262.581 € (Vorjahr: 490.328 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Neben zahlreichen kleineren Ausgabepositionen resultieren allein 80.000 € aus der geänderten Darstellung des Treuhandvermögen "Sanierungsgebiet Östliche Innenstadt" und "Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest" (siehe unter Ziff. 2.2.2). Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

### 2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

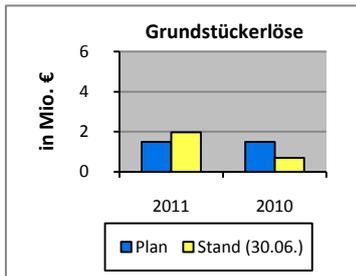
Das Kulturbudget besteht seit dem Jahr 2011 aus einem Abmangelbudget mit -430.000 € und einem Stellenbudget von 80,81 Stellen. Insgesamt werden für den budgetierten Kulturbereich im Jahr 2011 damit rund 3,70 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 66,84 % (Vorjahr: 57,75 %) und auf der Ausgabenseite zu 43,69 % (Vorjahr: 42,44 %) bewirtschaftet. Im Jahr 2010 konnte ein Überschuss von 457.265 € erwirtschaftet und in das Haushaltsjahr 2011 übertragen werden. Das ist der höchste Übertrag seit Einführung eines Kulturbudgets. Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt voll im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

## 2.2 Vermögenshaushalt

### 2.2.1 Einnahmen



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 132 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet (Vorjahr: 46,25 %). Derzeit rechnet das Liegenschaftsamt mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 840.000 €, als Folge der guten Nachfrage nach Baugrundstücken insbesondere im Baugebiet Talfeld.

Bei den **Beiträgen** kommt es zu voraussichtlichen Mehreinnahmen durch **Erschließungsbeitragseinnahmen** aus dem Baugebiet Talfeld in Höhe von rd. 250.000 € und einem außerordentlichen Erschließungsvertrag für **Ausgleichsmaßnahmen** in Höhe von 88.000 €.

Die **Zuschüsse des Bundes** für Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II werden nach Angaben des Amtes für Gebäudemanagement noch im Jahr 2011 abgerechnet und gehen somit voraussichtlich planmäßig ein (weitere Erläuterungen unter Ziffer 3).

Bei den eingeplanten **Landeszuschüssen** kommt es zu größeren Abweichungen, da lediglich für den Ganztagesbereich des räumlichen Bildungszentrums mit einer Zuschussbewilligung im Jahr 2011 zu rechnen ist. Für das Schulhaus ist wohl erst mit einer Bewilligung im Jahr 2012 oder 2013 zu rechnen. Die beantragten Zuschüsse für die neue Sporthalle und die Sportanlagen wurden mit Ausnahme der Erweiterung des Umkleidegebäudes nicht bewilligt. Damit erhöht sich der Eigenfinanzierungsanteil der Stadt für dieses Projekt erneut. Im Jahr 2011 ist allein mit Einnahmeausfällen von rund 4,61 Mio. € zu rechnen.

Mehreinnahmen von 68.000 € konnten vom Kämmereiamt bei der Abwicklung eines Zuschusses aus Vorjahren im Zusammenhang mit der Abrechnung der Maßnahmen an den Gymnasien erzielt werden.

Die Zuschüsse des Landes für das Sanierungsgebiet Östliche Innenstadt werden nach Angaben des Bauverwaltungsamtes planmäßig eingehen.

### 2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabe Seite zeichnen sich bisher keine erheblichen negativen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Bei der Zuführung zur Kapitalrücklage der Stadtwerke Biberach GmbH kommt es voraussichtlich zu Wenigerausgaben i. H. v. ca. 184.000 €. Hauptursache sind die niedrigeren ÖPNV-Ausgleichszahlungen des Landkreises, die an die Stadtwerke weitergeleitet werden.

Nach Angaben des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2011 beim **Grunderwerb** so bemessen, dass die erforderlichen Grundstücks-käufe getätigt werden können.

Bei den **Baumaßnahmen** kommt es voraussichtlich zu geringeren Ausgaben von 300.000 € beim Umbau des Ganztagesbereich der Gaisentalschule, da die Mensa als Betrieb gewerblicher Art (BgA) ausgestaltet werden soll, wodurch die Vorsteuer einbehalten werden kann (Dr. Nr. 28/2006). Die restlichen Vorhaben laufen nach Informationen des Hochbauamtes weitestgehend planmäßig.

Da im neuen Rechnungsstil Sonderhaushalte kaum mehr abbildbar sind, wurden im Zuge des Jahresabschlusses 2010 die Treuhandvermögen "Sanierungsgebiet Östliche Innenstadt" und "Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest" in den Kernhaushalt der Stadt Biberach integriert. Durch die geänderte Darstellungsweise entfallen die Zuführungen an die Sonderhaushalte, im Gegenzug werden die entsprechenden Sanierungsmaßnahmen im Kernhaushalt dargestellt. Insgesamt betrachtet, ist die veränderte Darstellung haushaltsneutral. Nach Angaben des Bauverwaltungsamtes sind derzeit keine Mehrausgaben bei den Sanierungsausgaben bekannt.

Die sonstigen **Zuschüssen an Dritte** verlaufen momentan weitgehend planmäßig.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt 872.470 € (Vorjahr: 459.010 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen allein 183.000 € auf die Mehrkosten für die Sportanlage Mettenberg (Dr. Nr. 52/2011-1), 169.006 € auf den Restzuschuss für die Pharmazeutische Biotechnologie an der Hochschule Biberach (Dr. Nr. 83/2011) sowie 71.000 € für den Aufbau eines neuen Salzsilos beim Baubetriebsamt (Dr. Nr. 70/2011). Weitere 386.877 € sind durch die geänderte Darstellungsweise des Sondervermögens der Sanierungshaushalte entstanden, die jedoch haushaltsneutral sind.

### 3. Konjunkturpaket

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes („Konjunkturpaket II“) erhält die Stadt insgesamt Zuwendungen in Höhe von 2.270.916 €. Dabei muss die Stadt einen Eigenanteil von 25 % an den Maßnahmen übernehmen, was 1.085.849 € entspricht. Mit den Maßnahmen wurden im Jahr 2009 begonnen. Zwischenzeitlich wurden nahezu sämtliche Maßnahmen abgeschlossen. Lediglich bei der Außensanierung der Jugendkunstschule, der Sanierung der Sporthalle der Gymnasien und der Brandschutzmaßnahme Komödienhaus stehen die Abrechnungen noch aus. Bis zum Jahresende werden vermutlich alle Zuschüsse eingegangen sein. Größere Abweichungen sind nach Angaben des Gebäudemanagements derzeit nicht ersichtlich.

Die einzelnen Maßnahmen wurden in den letzten Berichten zur Haushaltslage ausführlich dargestellt. Das Amt für Gebäudemanagement wird nach Abschluss aller Maßnahmen den Gemeinderat in einer separaten Vorlage über die Kosten und Zuschüsse für die einzelnen Projekte informieren.

#### **4. Kassenliquidität**

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen - entsprechend der Marktlage zu geringen Zinsen - angelegt werden. Aufgrund des ehrgeizigen Investitionsprogramms müssen Zug um Zug Rücklagenmittel aufgelöst werden, um die Finanzierung sicherzustellen.

#### **5. Zusammenfassung, Ergebnis**

Wie sich bereits ab Mitte des Jahres 2010 abzeichnete, hat sich die wirtschaftliche Lage in Biberach, wie in ganz Deutschland, schneller erholt, als zunächst von den Experten angenommen wurde. Daraus resultieren zum einen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer aber auch beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, bei den Schlüsselzuweisungen sowie beim Familien- und Schullastenausgleich.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese positive Entwicklung in der Novembersteuerschätzung weiter fortsetzt.

Auf der Ausgabenseite kommt es im Verwaltungshaushalt zu Einsparungen bei den Personalausgaben und bei der FAG-Umlage. Aufgrund der Gewerbesteuermehreinnahmen fällt jedoch die Gewerbesteuerumlage höher aus.

Ansonsten sind derzeit keine größeren Abweichungen bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt bekannt, so dass wir aufgrund des derzeitigen Verlaufs optimistisch sind, dass die Zuführung an den Vermögenshaushalt höher ausfallen wird als geplant.

Aufgrund der Ausfälle bei den Landeszuschüssen im Zusammenhang mit dem Neubau der Realschule kommt es im Vermögenshaushalt zu nicht unbeachtlichen Einnahmeausfällen allein im Jahr 2011.

Nachdem die Anträge im Jahr 2010 gestellt wurden, ist in Anbetracht der üblichen Wartezeit von 2 - 3 Jahren in der Schulhausbauförderung realistisch nicht mit einer Bewilligung vor 2013 zu rechnen. Die Stadt muss daher in Vorleistung treten, was die Liquidität belasten wird.

Nachdem der Zuschussausfall nur zu einem Teil über Mehreinnahmen kompensiert werden kann, wird zum Ausgleich des Vermögenshaushalts aus heutiger Sicht die geplante Rücklagenentnahme notwendig sein. Das positive Ergebnis im Verwaltungshaushalt schlägt damit nicht unverändert auf die Rücklage durch.

## 6. Ausblick und mittelfristige Perspektive

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Wie bereits im Haushaltsplan aufgezeigt, wird der Neubau der Schule mit räumlichem Bildungszentrum samt Sporthalle sowie weiterer Infrastrukturmaßnahmen einen Kraftakt für die Stadt Biberach darstellen. Darüber hinaus sind die in der Klausurtagung für die künftigen Jahre festgelegten Projekte umzusetzen.

Wenn der ehrgeizige Zeitplan zur Umsetzung all dieser Projekte so eingehalten wird und die finanziellen Rahmenbedingungen so bleiben, wird die Allgemeine Rücklage jährlich deutlich abgeschmelzt, so dass am Ende des Planungshorizonts 2016 kaum mehr als die Mindestrücklage noch vorhanden ist. Die Risikovorsorge, auf die die Stadt bisher zurecht stolz war, wird also aufgezehrt sein und damit fehlt die Vorsorge für Krisenzeiten. Gleichzeitig werden im Rahmen dieser Projekte Bestandsgebäude im Umfang von rund 30 Mio. € saniert, was man auch als eine Art Risikovorsorge betrachten kann, die allerdings in Krisenzeiten keine Liquiditätsreserve leisten kann.

Zwar hat sich die Wirtschaftslage in Deutschland schneller erholt als angenommen, aber die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass nationale Wirtschaftskrisen sehr schnell weltweite Auswirkungen nach sich ziehen können. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in einzelnen EU-Mitgliedstaaten, aber auch aufgrund der sich nur langsam erholenden Konjunktur in den USA, sollte eine vernünftige Risikovorsorge in Biberach nicht aus dem Blick gelassen werden.

Trotz der guten konjunkturellen Lage in Deutschland und den positiven Prognosen für Biberach, sind die finanziellen und personellen Ressourcen begrenzt. Dies gilt nicht nur für den Kernhaushalt der Stadt Biberach, sondern auch für die Tochterunternehmen. Daher sollte der Risikovorsorge gerade in wirtschaftlich guten Zeiten wieder mehr an Bedeutung beigemessen werden.